

A N F R A G E von Dr. Ulrich E. Gut (FDP, Küsnacht) und Franziska Troesch-Schnyder (FDP, Zollikon)

betreffend dezentrale Drogenhilfe und Drogenhandel

In seiner Antwort vom 13. November 1991 auf die Interpellation Winkelmann geht der Regierungsrat nicht auf die Befürchtungen ein, die dezentrale Drogenhilfe, welche wir nachdrücklich unterstützen, könnte zu einer gefährlichen Verbreitung des Drogenhandels in den Gemeinden führen. Obwohl bereits heute in vielen Gemeinden mit Drogen gehandelt wird, beschäftigt die Frage, ob sich dies verschlimmern wird, die Bevölkerung verständlicherweise stark. Sie beeinflusst die Bereitschaft, an der dezentralen Drogenhilfe mitzuwirken.

Wir ersuchen deshalb den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist aufgrund der kriminalistischen Erkenntnisse der Kantonspolizei damit zu rechnen, dass der Drogenhandel fähig ist, sein Verteilsystem nach einer Auflösung der offenen Drogenszene am Platzspitz so wirksam zu dezentralisieren, dass in den Gemeinden der Drogenhandel merklich aktiviert wird?
2. Beeinflusst die dezentrale Drogenhilfe die Fahndungsarbeit der Kantonspolizei?
3. Verfügt die Kantonspolizei über Mittel und Methoden, eine Zunahme des Drogenhandels in den Gemeinden zu verhindern? Bedarf es hierzu der Koordination zwischen Kapo und Gemeindebehörden? Wenn ja: Wer hat hierfür die Initiative zu ergreifen?

Dr. Ulrich E. Gut

Franziska Troesch-Schnyder